



EINE KMUNIVERSITÄT FÜR LUZERN

Luzern ringt mit der Frage, ob es eine Universität möchte – oder wenigstens ein Universitätli. Der jüngste Sparkurs zeigt erneut, wie tief die Idee der «wirtschaftlichen» Universität in die DNA der Institution eingeschrieben ist.

TEXT: Anna Chudozilov

ILLUSTRATION: Alina Günter

Die Gründung einer Universität in Luzern sei erstmals Mitte des 17. Jahrhunderts gescheitert, sagte Regierungsrat Armin Hartmann in seiner Rede zum 25-jährigen Jubiläum der kleinsten und jüngsten Universität der Schweiz im Oktober 2025. Seine Rede macht klar: In Luzern wird seit Jahrhunderten mit der Frage gerungen, ob es hier eine Universität brauche. Der Journalist Hanns Fuchs zeichnete im 2011 publizierten Buch «Der Aufbruch» eine ganze Reihe von Rückschlägen im 19. und 20. Jahrhundert nach: Mal lag's am Papst, dann am Jesuitenverbot, später stellte sich Fribourg quer. Nach langem Feilschen in den 1970er-Jahren scheiterte eine «Zentralschweizer Universität Luzern» 1978 an der Urne. Immerhin gelang es, die Universitäre Hochschule Luzern (UHL) zu etablieren, doch die Politik nahm die winzige Institution vor allem als Kostentreiber wahr. Als Ende der 1990er-Jahre der Kanton Luzern unter einem Schuldenberg zu kollabieren droht, schlägt 1997 die Strukturreform «Luzern '99» vor, die Hochschule zu schliessen – es sei denn, es gelänge ihr, innerhalb eines Jahres ein Konzept für einen wirtschaftlichen Betrieb der UHL vorzulegen.

Das Problem, mit dem die Universität heute kämpft, ist also bereits vorgeburtlich in ihre DNA eingeschrieben: Die Universität muss im Kanton Luzern «wirtschaftlich» sein.

Was wie die unmögliche Aufgabe eines verschrobenen Märchenkönigs klingt, meisterte eine Arbeitsgrup-

pe, die von Brigitte Mürner eingesetzt wurde. Die erste Luzerner Regierungsrätin lässt das Konzept einer kleinen Universität erarbeiten, die billig zu haben ist. Sie soll nicht zuletzt den Braindrain bremsen, unter dem die ganze Zentralschweiz leidet: den Effekt, dass kluge Köpfe für die Ausbildung wegziehen und die klügsten unter ihnen nicht mehr zurückkommen. Zahlen muss der Kanton Luzern auch ohne eigene Uni, denn einen beträchtlichen Teil der Ausbildungskosten übernimmt jeweils der Kanton, in dem eine Person die Matura absolviert hat. Den Nutzen schöpft hingegen ab, wer dank Universitäten Menschen anzieht, die viel Lebenszeit in ihre Ausbildung investieren. Davon gibt es immer mehr in der Schweiz: Während die Einwohner:innenzahl von 1980 bis 2025 um rund 50 Prozent zugenommen hat, hat sich die Zahl der Leute mit Hochschulabschluss im gleichen Zeitraum fast verzehnfacht. Diese Entwicklung sah man Ende der 1990er-Jahre auch in Luzern und wollte rechtzeitig auf den Bildungszug aufspringen.

HAUPTSACHE BEZAHLBAR

Die geplante Lösung sei sinnvoll, bedarfsgerecht «und vor allem auch bezahlbar», fasste der Regierungsrat die Parlamentsdebatte zum Universitätsgesetz zusammen, das die Gründung im Jahr 2000 ermöglichte. Das Modell sieht ausschliesslich Studiengänge vor, die günstig angeboten werden können, und setzt auf Finanzie-

Es reicht nicht, dass die Universität «wirtschaftlich» arbeitet. Man schaut die Fakultäten an, als wären sie Profitcenter.

rung durch nicht-öffentliche Gelder. Kirchliche Träger:innen sollten der Theologischen Fakultät unter die Arme greifen und private Fördergelder den Aufbau der juristischen Fakultät ermöglichen. Dafür muss der Kanton markant weniger Mittel beisteuern, als dies alle anderen Kantone mit eigener Universität tun. Das Budget der Universität ist zudem stärker als überall sonst auf Gelder abgestützt, die Studierende generieren – mit Studiengebühren und den Beiträgen der Kantone, in denen sie die Matura absolviert haben.

Einwände gegen das gewählte Modell blieben leise, man wollte lieber ein billiges Universitätli mit 900 Studierenden planen, als wieder wie 1978 vom Volk abgewatscht zu werden. Tatsächlich winken am 21. Mai 2000 die Luzerner:innen das Universitätsgesetz mit überwältigenden 72 Prozent durch. «Eine vom Stimmvolk legitimierte Universität – eine weltweite Premiere», bejubelt die Universität das Ereignis noch heute. Doch schon damals gab es auch kritische Stimmen. Ausgerechnet Paul Richli, der Gründungsdekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, warf nach der Abstimmung am ersten Dies Academicus der neu gegründeten Universität einen kritischen Blick auf das Universitätsgesetz: Dieses stehe «ganz im Banne des Zeitgeistes, der auf [...] die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOF) eingeschworen ist». Das Konzept, das Studierende als Kund:innen sieht und die Uni als Leistungserbringerin, sei schief, monierte Richli. Zudem sei die Bildung im Verhältnis zur Forschung zu stark gewichtet. Nicht zuletzt kritisierte er vor versammelter Festgesellschaft auch das Finanzierungsmodell.

FAKULTÄTEN ALS PROFITCENTER

Doch der Kanton blieb auf dem eingeschlagenen Weg. «Ethnologie und Volkskunde; Geschichte; Kulturwissenschaften; Kunstgeschichte; Philosophie; Psychologie; Recht; Soziologie; Sprach- und Literaturwissenschaften; Theologie; Wirtschaftswissenschaften» listete der Regierungsrat auf, als der Luzerner Kantonsrat Gaudenz Zemp 2022 in einer Anfrage eine Übersicht über die Studiengänge forderte, die Universitäten in der

Schweiz am wenigsten kosteten. Die Antwort liest sich fast wie das Luzerner Fächerangebot und zeigt, wie konsequent die Strategie bis heute gefahren wird (abgesehen von der Medizin, aber das ist eine andere Geschichte).

Auch die Idee der «wirkungsorientierten Verwaltungsführung» blieb prägend: Jede Einheit der Verwaltung soll klar definierte Ziele erreichen und dafür Verantwortung übernehmen. Übersetzt wird das nicht zuletzt in finanzielle Verantwortung, die auf möglichst kleine Einheiten angewendet wird. Es reicht also nicht, dass die Universität «wirtschaftlich» arbeitet. Man schaut die Fakultäten an, als wären sie Profitcenter, und bricht das Prinzip sogar auf einzelne Fächer herunter.

Das spiegelt sich nun in den im Oktober kommunizierten Sparmassnahmen wider: Drei Fakultäten «können ihre Ausgaben nicht mit ihren Einnahmen decken», schreibt die Universität Luzern in der Medienmitteilung vom 30. Oktober 2025. Die Politik gibt vor, dass zwei Millionen gespart werden sollen, die Universität setzt das um, als wäre die Uni eine Firma und die Fakultäten mehr oder eben weniger effiziente Abteilungen. Die zwei Millionen «strukturelles Defizit» werden nach dem Verursacherprinzip auf die Fakultäten aufgeteilt, diese müssen dann – in dieser Logik nur folgerichtig – Sparvorschläge machen. Am härtesten trifft es die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät: Sie muss rund 900'000 Franken einsparen. Um das Ziel zu erreichen, legt sie zwei Soziologie-Professuren zusammen und streicht zwei Fächer komplett: Wissenschaftsforschung und Religionswissenschaft.

Für die Entscheidung führt die Universität zwei Argumente auf. Einerseits die tiefen Studierendenzahlen der gestrichenen Fächer. Andererseits müsse so niemand entlassen werden: Alle betroffenen Professuren sind von Personen besetzt, die in den kommenden Jahren emeritiert werden. Beide Argumente scheinen die Uni Luzern eher als KMU denn als Universität zu begreifen. Während es sinnvoll scheint, wenn der Patron einer lokalen Firma «natürliche Abgänge» nutzt, anstatt Menschen zu entlassen, ist das Kriterium «Prof wird bald emeritiert» für die Zusammenstellung des Fächerangebots einer Universität nicht haltbar. Konkret: Selbst dann, wenn man der Meinung ist, es sei klug, die Wissenschaftsforschung ausgerechnet dann abzuschaffen, wenn mit dem rasant wachsenden Einsatz von KI in der Forschung die Reflexion von Wissensproduktion so dringlich ist wie lange nicht mehr, ist die baldige Emeritierung des Lehrstuhlinhabers kein valides Argument.

Die Argumentation mit Studierendenzahlen kennt, dass die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät strukturell anders aufgebaut ist als ihre Schwesterfakultäten. Während relativ wenige Personen Religionswissenschaft im Hauptfach studieren, nutzen viele Studierende an der Fakultät das Angebot des Seminars: einerseits als Nebenfachstudierende, andererseits durch

den Besuch einzelner Veranstaltungen, die sie sich an den Abschluss anrechnen lassen können. Niemand würde auf die Idee kommen, Einnahmen oder Studierendenzahlen von Privatrecht und Rechtsphilosophie gegeneinander auszuspielen – die kleinsten der kleinen Fächer an der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät lässt man hingegen gegeneinander um ihr Überleben kämpfen.

Dass sich die Universität darauf eingelassen hat, könnte zu einem gefährlichen Domino werden, an dessen Ende die Schliessung der Fakultät stehen wird. Denn im Gegensatz zu allen anderen Fakultäten bietet die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät nicht nur ein Fach an, sondern lebt von der Vielfalt. Wenn die Ethnologie jetzt also aufatmet, obwohl sie 2024 nur vier Hauptfachstudierende mehr hatte als die Religionswissenschaft, muss ihr gleichzeitig klar sein, dass sie als Nächstes geopfert wird. Zum Beispiel dann, wenn die grosszügige Finanzierung des Kantons Zug der ersten fünf Jahre für ganze neun neue Professuren am «Zuger Institut für Blockchainforschung an der Universität Luzern» auslaufen wird und dadurch ein neues «strukturelles Defizit» entsteht – sollten nicht genug private Geldgeber:innen einspringen. Schliesslich verkennt die Argumentation mit Studierendenzahlen, dass Professuren weit mehr als Lehre machen. So hat das Religionswissenschaftliche Seminar seit der Berufung von Martin Baumann 2001 sehr viel richtig gemacht: Es hat überdurchschnittlich viele Forschungsgelder von einer grossen Vielfalt an Geldgeber:innen eingeworben, durch innovative Projekte für den Transfer des generierten Wissens in die Gesellschaft gesorgt und für hunderte von Medienberichten Phänomene rund um Religion kompetent eingeordnet. All das wird geopfert, um ein «strukturelles Defizit» zu beheben.

UNI LIKE IT'S 1999

Natürlich ist das Fächerangebot einer Uni nicht in Stein gemeisselt. Doch die klugen Köpfe, die dort arbeiten, sollten das Angebot nicht unter Kostendruck anpassen wie eine Elektrobude kurz vor dem Konkurs. Denn schuld am strukturellen Defizit sind nicht die Universität oder gar einzelne Lehrstühle, sondern der Kanton Luzern, der seine Uni noch immer darben lässt like it's 1999. Doch die Zeiten, als der Kanton zu den Armenhäusern der Schweiz gehörte, sind definitiv vorbei. 2024 hat er mit einem Ertragsüberschuss von 293,2 Millionen Franken abgeschlossen, es war der siebte positive Abschluss in Folge. Im September 2025 rechnete die Regierung für das Jahr 2025 wiederum mit einem Ertragsüberschuss von 258 Millionen Franken. Der Kanton könnte also ohne Mühe zwei zusätzliche Millionen in die Universität investieren (oder sogar zwanzig!). Stattdessen zwingt er zu Sparübungen, die Jahrzehnte an Aufbauarbeit zunichtemachen.

Der Kanton könnte ohne Mühe zwei zusätzliche Millionen in die Universität investieren.

Die Politik verkennt dabei, dass noch immer Nachholbedarf besteht. So zeigte der Planungsbericht des Regierungsrats über die tertiäre Bildung im Kanton Luzern 2021 zwar, dass die Investitionen in den Hochschulbereich dem Braindrain entgegenwirken: In der Zentralschweiz ist der Anteil der Bevölkerung mit einem Hochschulabschluss deutlich stärker gewachsen als im landesweiten Durchschnitt. Doch trotz des starken Wachstums liegt Luzern 2021 mit einem Anteil von 15,5 Prozent noch immer deutlich unter dem nationalen Schnitt von 21 Prozent. Will man aufschliessen, sind kluge Investitionen nötig. Doch der Politik fehlt nach 400 Jahren Ringen um Hochschulbildung zwar nicht mehr das Geld, aber noch immer der Mut zu einer Universität, die Luzern über den Status einer Provinzhauptstadt hinauswachsen lässt.

Anna Chudozilov arbeitet als freie Journalistin, Moderatorin und Dozentin. Sie hat an der Universität Luzern Soziologie und Rechtswissenschaft studiert und zwischen 2001 und 2022 rund zehn Jahre dort gearbeitet – als Sekretärin, Hilfsassistentin und in der Kommunikation.

Alina Günter ist freischaffende Illustratorin.